Ressort: Politik

EU-Kommission verhängt Millionenstrafe gegen Facebook

Brüssel, 18.05.2017, 09:30 Uhr

GDN - Die Europäische Kommission hat gegen Facebook eine Geldbuße in Höhe von 110 Millionen Euro wegen "irreführender Angaben" zur Übernahme von WhatsApp verhängt. Bei der von der Kommission im Jahr 2014 nach der EU-Fusionskontrollverordnung durchgeführten Prüfung seien "unrichtige beziehungsweise irreführende Angaben gemacht" worden, teilte die Brüsseler Behörde am Donnerstag mit.

Die Kommission habe festgestellt, dass ein automatischer Abgleich der Facebook- und der WhatsApp-Nutzerprofile – entgegen den von Facebook im Rahmen des Fusionskontrollverfahrens von 2014 gemachten Angaben – bereits im Jahr 2014 technisch möglich gewesen sei. Diese Möglichkeit sei den Facebook-Mitarbeitern auch bekannt gewesen, so die Behörde weiter. "Der heutige Beschluss ist eine deutliche Botschaft an Unternehmen, dass sie die EU-Fusionskontrollvorschriften einhalten müssen, darunter auch die Verpflichtung, sachlich richtige Angaben zu machen", sagte die für Wettbewerbspolitik zuständige EU-Kommissarin Margrethe Vestager.

Bericht online:

https://www.germandailvnews.com/bericht-89538/eu-kommission-verhaengt-millionenstrafe-gegen-facebook.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc. 3651 Lindell Road, Suite D168 Las Vegas, NV 89103, USA (702) 943.0321 Local (702) 943.0233 Facsimile info@unitedpressassociation.org info@gna24.com www.gna24.com